

# Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.  
Vierteljährlicher Abonnementpreis 0,75 M.;  
bei freier Bestellung durch den Briefträger  
ins Haus 18 Pf. mehr.  
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände  
vom  
**Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine**  
(Dritsch-Bundesrat)  
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:  
Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 16 Pf.  
Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.  
Fernsprecher: Amt Köpenick, Nr. 4720.

Nr. 100.

Berlin, Sonnabend, 13. Dezember 1913.

Fünfundvierzigster Jahrgang.

## Inhalts-Verzeichnis:

Kongress für Wohnungsaufsicht und Wohnungspflege. — Auf dem Wege zum Eigenheim. — Von der englischen Arbeitslosenpolitik. — Allgemeine Wohnungschau. — Gewerksvereins-Zeile. — Verbands-Zeile. — Literatur. — Anzeigen.

## Kollegen und Kolleginnen!

Der bevorstehende Quartalswechsel gibt uns Veranlassung, zu verstärkter Werbearbeit für das Verbandsorgan aufzufordern. Der schwere Kampf, den unsere Organisation nach allen Seiten hin zu führen hat, macht es notwendig, daß unablässig für

## Aufklärung über unsere Bestrebungen

gejorgt wird. Das geschieht am besten durch den

## „Gewerksverein“,

der alle sozialpolitischen und gewerkschaftlichen Streitfragen vom Standpunkte der Deutschen Gewerksvereine aus beleuchtet und deshalb geeignet ist, überzeugungsfeste und zielbewusste Kämpfer für unsere Ideen heranzubilden. Daran muß jeder ein Interesse haben, der ernstlich gewillt ist, unsere Bewegung vorwärtszubringen. Deshalb wenden wir uns erneut mit dem Rufe:

## Freiwillige vor!

an diejenigen Kollegen, die in den einzelnen Ortsvereinen die Werbearbeit für das Organ auf sich nehmen wollen. In jedem Verein muß sich ein Mitglied finden, das sich dieser Mühe unterzieht, in den Sitzungen der Abonnements auffordert, gleichzeitig aber auch das Abonnementsgeld usw. einzieht und selbst die Bestellung bei der Post aufgibt. Wo so gearbeitet wird, bleibt der Erfolg nicht aus. Darum

## frisch ans Werk!

## Kongress für Wohnungsaufsicht und Wohnungspflege.

In den Tagen vom 2. bis 4. Dezember fand im Rathhausaal der Stadt Charlottenburg ein Kongress für Wohnungsaufsicht und Wohnungspflege statt, der von der Zentralfstelle für Volkswohlfahrt einberufen worden war. Nachdem für Breußen ein Gelebenswurf über die Regelung des Wohnungswezens veröffentlicht worden ist, hielt es die Zentralfstelle für eine ihrer Aufgaben, die Frage der Wohnungsaufsicht und Wohnungspflege einer Aussprache zu unterziehen. Wir müssen dabei voraussetzen, daß nach unserer Ansicht auf diesem Kongress diejenigen zu kurz gekommen sein dürften, die hauptsächlich unter der Wohnungsmisere zu leiden haben, und zwar deshalb zu kurz, weil man einerseits nicht genügend Rücksicht genommen hat, auch Referenten aus den Kreisen der Arbeiterführer heranzuziehen, und weil die Verhandlungen mehr theoretischer bzw. akademischer Form waren. Die Zahl der Referenten war außerdem so groß, daß die Diskussion nur in knapper Form einsetzen konnte, und bei dieser großen Zahl der Referenten konnte es auch nicht unterbleiben, daß Wiederholungen des bereits Schlagten erfolgten. Nicht weniger als 15 Referenten und Referentinnen haben zu der Frage der Wohnungsaufsicht und Wohnungspflege gesprochen, aber alle diese Referenten gingen aus den Kreisen der Akademiker hervor; kein einziger war darunter, der die Bedürfnisse der Arbeiterschaft aus eigener Erfahrung heraus schildern konnte. Das betrachten wir als einen Fehler des Kongresses, dessen Abstellung sich bei künftigen Kongressen dringend empfiehlt.

Die Tagesordnung war in fünf Hauptpunkte eingeteilt. Die ersten beiden Referate über „Einleitung und allgemeine Uebersicht der Wohnungsfrage“ wurden erstattet von Herrn Oberbürgermeister Dominikus-Schöneberg und Dr. Altenrath-Berlin. Jeder Referent hatte seine Anschauungen in Zeilen schriftlich niedergelegt, die aber so umfassend sind, daß wir sie nicht veröffentlichen können, und die auch nur als Grundlage für die weitere Behandlung der Wohnungsfrage gedacht sind. Zu bemerken ist dabei, daß Herr Oberbürgermeister Dominikus die Wohnungsaufsicht nicht nur zur Beseitigung bestehender Wohnungsmängel eingeführt wissen will, sondern daß sie auch dazu dienen soll, bei neu zu errichtenden Wohnungen von vornherein Wohnungsmängel zu verhindern. Dr. Altenrath, Arbeitsvorsitzende in der Zentralfstelle für Volkswohlfahrt, gab einen eingehenden Uebersicht über den gegenwärtigen Stand der Wohnungsaufsicht in den verschiedenen Bundesstaaten.

An diese Referate schlossen sich dann weitere Vorträge an über das Thema: „Das Arbeitsgebiet der Wohnungsaufsicht und Wohnungspflege.“ Dieser Punkt der Tagesordnung war wieder in vier Unterabteilungen eingeteilt worden. Es sprachen hierzu Herr Landeswohnungsinpektor Greyschel-Darmstadt, Herr Beigeordneter Rath-Essen, Herr Regierungsbaumeister a. D. Guth, Wohnungspfleger in Charlottenburg und Herr Generalsekretär Hofrat Dr. Busching-München. Es würde zu weit führen, an dieser Stelle auf den Inhalt der Vorträge sowie auf die Vorkläge einzugehen, da es uns hierzu an Raum fehlt. Aber wir müssen darauf hinweisen, daß in den Vorträgen, besonders in dem des Herrn Dr. Busching, an verschiedenen Stellen das richtige Verständnis für die Gefühle, die im Volksleben zu finden sind, vermisst wurden. Es hat unangenehm berührt, daß Herr Dr. Busching, genollt oder ungewollt, mit gewissem Nachdruck darauf hinwies, daß die Arbeiterfrauen oft ein subjektives Mißtrauen gegen die Rathschläge der Wohnungsaufsichtsbeamten an den Tag legten und daß es in vielen Arbeiterwohnungen schmutzig und unsauber aussähe. Es soll zugegeben werden, daß das teilweise richtig sein mag, aber in der Form, wie es von Herrn Dr. Busching vorgetragen wurde, müssen wir gegen diese Ausführungen protestieren. Das ist auch auf dem Kongress bereits in entsprechender Weise geschehen, und zwar sowohl durch den Schriftführer des Gewerksvereins der Deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter, Kollegen Sartmann, wie auch durch Fräulein Dr. Elisabeth Lüders-Berlin. Sartmann erklärte, daß die Arbeiterfrauen sehr wohl und sehr gern gute Rathschläge an hören und auch befolgen. Außerdem kommt es darauf an, ob man das den Arbeiterfrauen so von oben herab sagt, oder ob man die richtige Form findet, um die Frauen zu überzeugen von der Notwendigkeit einer geordneten Wohnungspflege. Manche Arbeiterfrau lege großen Wert darauf, mit ihren beschränkten Mitteln alles zu tun, was zur Pflege ihrer Wohnung nur irgend getan werden könne. Und manche Name der Gesellschaft könne sich an dem Wirken einer Arbeiterfrau ein gutes Beispiel nehmen. Sartmann ging dann weiter

auf einzelne Fragen des Wohnungswezens ein und forderte vor allen Dingen Verbesserung der Verkehrseinrichtungen für die Arbeiter, die oft weite Wege zu ihrer Arbeitsstelle fahren müssen, in dem Sinne, daß genügend Fahrgelenheiten vorhanden ist und die Fahrpreise so niedrig wie möglich gesetzt werden müssen. Er trat der projektierten Erhöhung der Fahrpreise auf der Berliner Stadtbahn entgegen, die bereits angekündigt ist, weil die Stadtbahn den elektrischen Betrieb erhalten soll.

Fräulein Dr. Elisabeth Lüders, die dauernde Verbindungen mit den Arbeiterfrauen unterhält, betonte mit großer Wärme, wie sauer es mancher Arbeiterfrau würde, ihre Wohnung gut instand zu halten, wenn sie eine Anzahl Kinder zu pflegen hat, und wenn der Mann krank oder arbeitslos ist, so daß sie schließlich noch obendrein erwerbstätig arbeiten muß. Hier zeige sich eine Energie, die nicht hoch genug bewundert werden könne. Wir halten es für unsere Pflicht, an dieser Stelle Fräulein Dr. Lüders, die wir seit langem als eine warme Befürworterin der Arbeiterinneninteressen kennen, unseren Dank für ihre warmherzigen Worte auszusprechen.

Ein weiterer Punkt der Tagesordnung betraf die Organisation der Wohnungsaufsicht mit fünf verschiedenen Unterabteilungen. Hier waren als Referenten genannt Herr Stadtrat Seydel-Charlottenburg, Herr Landeswohnungsinpektor Daser-Stuttgart, Herr Landeswohnungsinpektor Dr. Löbner-München, die Wohnungsinpektorin Fräulein Dr. Auguste Lange-Halle a. S. und Herr Beigeordneter Dr. Hoff-Eberfeld. Bei diesen Referaten wurde auch die Frage der Wohnungspolizei behandelt, und da gingen die Meinungen auseinander. Während von lüdecker Seite mehr dem Gedanken Ausdruck gegeben wurde, daß die Polizei als solche die Exekutive über Anordnungen der Wohnungsaufsicht, die freiwillig nicht ausgeführt werden, zwangsweise durchzuführen solle, war man andererseits der Meinung, daß die Gemeindebehörden selbst so viel Machtbefugnisse erhalten müßten, um ohne Polizei die Durchführung der von der Wohnungsaufsicht gegebenen Anordnungen erzwingen zu können. Auch wir halten es für ausgeschlossen, daß man den Schutzmann bei dieser Frage wieder mit heranzieht. Das würde jedenfalls der ganzen Sache einen Rahmen geben, in dem sich dann die Wohnungsaufsicht nicht zu einer Wohlfahrts-einrichtung, sondern mehr und mehr zu einer Zwangsmaßregel herausbilden müßte.

Dann sprach Herr Bürgermeister Dr. Ruppel-Frankfurt a. M. über den Wohnungsnachweis, und hierbei kam die Ansicht zum Ausdruck, daß für den Vermieter der Meldezwang über vermietbare Wohnungen eingeführt werden müsse. Damit könne verbütet werden, daß Wohnungen, die von der Wohnungsaufsicht als unbewohnbar bezeichnet worden sind, in dem alten Zustand wieder weitervermietet werden könnten. Schließlich wurden typische Beispiele über die Wohnungsaufsicht in der Großstadt, der mittleren Stadt und auf dem platten Lande angeführt, und zwar durch Herrn Rechtsrat Dr. Rörcke-Mannheim, Herrn Bürgermeister Dr. Müller-Darmstadt und durch die Kreiswohnungsinpektorin Fräulein Dr. Kröhne-Worms.

Auch die Frage des Schlafgängerwesens fand eine eingehende Behandlung dahingehend, daß auch hier die Anmeldepflicht der Vermieter eintreten müsse, um zu verhindern, daß Wohnräume an Schlafgänger vermietet werden, die schließlich für die Familienmitglieder des Vermieters unentbehrlich sind.

Schließlich wurde auch noch ein Meinungsaustausch herbeigeführt über die Vorbildung der Wohnungsaufsichtsbeamten und Wohnungspfleger. Es schien, als ob die Mehrheit des Kongresses auf dem Standpunkt stände, daß hierzu nur akademisch vorgebildete Leute befähigt sein könnten. Dieser Ansicht können wir uns nicht anschließen, sondern wir gehen von dem Gedanken aus, daß hierzu auch andere Leute, die das Zeug dazu in sich tragen und die auch genügend Verständnis für die Gefühle des Volkes besitzen, unter Umständen noch besser geeignet sein können, die Wohnungsaufsicht und Wohnungspflege durchzuführen als manche Akademiker. Man wird schließlich beiden Teilen gerecht werden müssen.

Schließlich gestatten wir uns aber nochmals darauf hinzuweisen, daß die Zentralstelle für Volkswohlfahrt bei späteren Kongressen nicht nur Akademiker zu Referenten ernannt, sondern daß sie auch Arbeiterführer, Krankenkassenvertreter, Armen- und Waisenspfleger usw. mit Referaten betraut, weil diese in viel engerer Fühlung mit den unermittelten Volksteilen stehen. Dadurch würden die Bestrebungen der Zentralstelle für Volkswohlfahrt nicht nur einen größeren Resonanzboden erhalten, sondern sie würden volkstümlicher werden, und wenn man schon etwas für das Volk tun will, dann kann es nur geschehen, wenn man die Vertreter des Volkes bei derartig wichtigen Fragen mehr heranzieht, als das bisher geschehen ist. Nicht die Theorie allein wird die Schäden beseitigen, die heute im Wohnungswesen vorhanden sind, sondern hier müssen Männer und Frauen herangezogen werden zur Mitarbeit, die Tag für Tag unter dem Volke leben und tätig sind. Nur dann wird die Zentralstelle ihren Zweck erreichen können.

G. S.

### Auf dem Wege zum Eigenheim.

Das Wohnungswesen der Großstädte stand während der letzten Jahrzehnte fast allgemein unter dem Zeichen der Mietskasernen. Fast überall in den Großstädten fielen nach und nach die kleineren Wohnhäuser mit ihren Vorgärten und Hintergärten, und an ihrer Stelle entstand das hohe vier- und fünfstöckige Mietshaus mit Seitenflügeln und Quergebäuden. Und die Mietskasernen blieb nicht nur auf die ärmere Bevölkerung beschränkt, auch in den Vierteln der wohlhabenden Bevölkerungsschichten, wie zum Beispiel im Westen Berlins, entstand sie, wenn dort auch die Hintergebäude schönend „Gartenhäuser“ genannt wurden. Bei der rasch anwachsenden Bevölkerung der Großstädte, bei der früheren Langsamkeit der Verkehrsmittel und auch wegen der hohen Fahrpreise in die entfernteren Vororte war das große Mietshaus mit Duzenden von Bewohnern zweifellos auch lange Zeit eine Notwendigkeit, wenn man so will, ein notwendiges Uebel.

Wir erinnern uns, daß noch vor ungefähr drei Jahrzehnten eine gemeinnützige Berliner Bauengesellschaft, die in einigen Bezirken Berlins große Wohnkasernen errichtete, in ihren Geschäftsberichten behauptete, die Errichtung von kleineren Wohnhäusern für die ärmere Bevölkerung im Gebiete von Groß-Berlin oder überhaupt für die ärmere Bevölkerung, die in Berlin tätig sein müsse, werde für absehbare Zeit eine Utopie bleiben. Ueberhaupt galt es lange Zeit als ein allgemein anerkannter Grundsatz, daß mit der Existenz von großen Städten die großen Mietshäuser mit in großem Maße genommen werden müßten, daß es deshalb nur darauf ankommen könne, die großen Wohnhäuser hygienisch einwandfreier herzustellen, sie in bezug auf Licht, Luft, Absträume usw. den heutigen Anforderungen der Wohnungshygiene anzupassen.

Zuerst nur schwach und tastend, schließlich aber stärker werdend, setzte dann eine Bewegung ein, die hinaus aufs Land und zur Errichtung von Eigenheimen drängte. Vielfach machte sich diese Bewegung zuerst nur darin geltend, daß sich Leute mit einigem Vermögen oder mit gelicherten Einkünften näher oder weiter von der Stadt, ein Sommerhäuschen oder ein Ferienhaus errichteten. Auf gepachtetem oder auch auf fest erworbenem Boden wurde ein leicht gebautes Haus errichtet, in dem die Familienangehörigen während der Sommerzeit einige Wochen oder Monate zubrachten, wogegen der Familienvater oft noch in der Großstadt blieb und die Seinigen in der Woche nur einmal besuchte. Viele gewannen dadurch Geschmack am Landleben, und so entkamen bald da, bald dort Wohnkolonien, die sich namentlich in Berlin in einem weiten Kreise um die Stadt und um die Vororte gruppieren. So entstand auch in Berlin die Flucht der wohlhabenden Steuerzahler, die sich

durchaus nicht darauf beschränkt, daß die Bewohner in die großstädtlich gebauten Vororte Schöneberg, Charlottenburg und Wilmersdorf verzogen.

Allmählich gewann aber diese Bewegung auch Ausdehnung auf die ärmeren Bevölkerungsklassen insofern, als erkannt wurde, daß sich, wenn auch nicht in den inneren Teilen der Großstädte, so doch in den Außenbezirken, die Eigenheime noch als rentabel erweisen, daß der Mietszins in kleinen Wohnhäusern gar nicht oder nicht viel höher zu sein braucht als bei einer gleichartigen Wohnung in einer Mietskasernen. Wer die Bewegung auf Anwendung von der Mietskasernen und auf Errichtung von Eigenheimen und kleinen Wohnhäusern während der letzten Jahre genau verfolgt hat, der muß zugeben, daß es gar nicht möglich ist, alle Einzelheiten dieser Reformbewegung im Wohnungswesen in einem einzelnen Artikel anzuführen. Im Norden und Süden des Reiches, im Osten und Westen, überall ist die Bewegung auf Errichtung von Eigenheimen oder überhaupt auf Errichtung von kleinen Wohnhäusern auf dem Marsch. Auch die vom Reichsamt des Innern einberufene Wohnungskommission, die in kurzem zusammentreten soll, wird sich mit dem Kleinwohnungsbaus beschäftigen. Auch sonst wird der Bau von kleinen Wohnhäusern schon öfter unterstellt. So hat der Regierungspräsident von Arnberg verfügt, daß die Sparfassen seines Bezirkes kleine Häuser bis zu zwei Dritteln des Wertes beleihen dürfen, während sonst nur eine Beleihung bis zu 50 Prozent zulässig ist. Manche Städte sind hierin noch weiter gegangen und beleihen derartige Häuser bis zu 75, 85 und 90 Prozent. Auch wurde für Kleinhäuser schon öfter städtisches Bauland zu günstigen Bedingungen zur Verfügung gestellt.

Die Fortsetzung von Eigenheimen hätte zweifellos schon viel größere Fortschritte gemacht, wenn nicht die schwierige Beschaffung der zweiten Hypothek ein Hindernis bildete. Hier ist insbesondere von den Sparkassenbanken keine Abhilfe zu erwarten. Namentlich bei der jetzigen Geldknappheit beschäftigen sich diese viel lieber mit wenigen großen Objekten als mit einer Vielzahl von kleinen. Es wäre deshalb Aufgabe der Gemeinden, wie es schon häufiger geschehen ist, besondere Hypothekenfonds zu bilden, aus denen zweite Hypotheken hergegeben werden können. Werden Wohnhäuser auf städtischem Land erbaut, so können die Gemeinden auch die Bodenbesetzung verhüten, indem sie beschreiben, daß die veräußerten Parzellen bis zu einem bestimmten Zeitpunkt bebaut sein müssen. Auch ist es gut, wenn sich die Gemeinden in solchen Fällen unter gewissen Voraussetzungen das Vorkaufsrecht vorbehalten.

Eine Förderung des Kleinhausbaues kann auch dadurch herbeigeführt werden, daß für derartige Bauten geringere Anforderungen in bezug auf Standfestigkeit, Feuerfestigkeit, Straßenbreite usw. gestellt werden. Nebenfalls verdient diese Bewegung genau beobachtet zu werden. Sie steht zwar noch in den Anfängen, und ihre Erfolge können auf dem Wohnungsmarkt noch nicht so stark hervortreten, aber ganz sicher ist es auch, daß diese Bewegung längst über das Stadium des Versuches hinaus ist.

H. M.

### Von der englischen Arbeitslosenpolitik.

Von unserem Londoner Mitarbeiter.

Die Versorgung von Arbeitslosen mit Notstandsarbeiten und die Arbeitslosenversicherung haben in dem System der englischen Arbeitslosenpolitik nur untergeordnete, ergänzende Bedeutung. Der erste, grundlegende Schritt soll eine strenge Scheidung der ständig Beschäftigten von den Gelegenheitsarbeitern sein. Bis zur Einführung des staatlichen Arbeitsnachweises bestanden Nachweise nur in den Gewerbevereinen und in wenigen Städten. Da man bei der Vermittlung von Arbeit immer von dem Grundribe ausging, daß möglichst vielen Arbeitslosen, wenn auch jedem nur für kurze Zeit, Geholfen werden sollte, so half man tatsächlich das vorhandene Grundübel — die Gerabdrückung umfangreicher Arbeitergruppen in die Masse der Gelegenheitsarbeiter — noch verschärfen. Erst als Mr. Beveridge, der jetzige Leiter der staatlichen Arbeitsnachweise, mit seinen Reformideen sich durchsetzte, begann man einzusehen, daß es notwendiger sei, in der entgegengekehrten Richtung zu arbeiten. Wollte man die Arbeitslosigkeit merklich einschränken, so mußte man die vorhandene Arbeit so verteilen, daß die betreffenden Arbeiter stets voll beschäftigt waren und möglichst dauernd dem Arbeitsnachweis fernblieben.

Diese Idee war freilich nicht neu. Charles Booth hatte mit Unterstützung anderer Sozialreformer ein derartiges System bei der London

Dock Company eingeführt. Diese Gesellschaft beschäftigt jetzt eine Anzahl Arbeiter dauernd und hat außerdem Vorzugslisten von Arbeitern, die sie bei Bedarf zuerst einstellt. Früher wurden die Arbeiter täglich angenommen, und von Tausend hatte vielleicht jeder eine Chance, zwei bis drei Tage in der Woche Verdienst zu finden. Jetzt sind von den Tausend vielleicht 500 dauernd beschäftigt. Einige Hundert stehen auf der Vorzugsliste, und die übrigen haben sich anderweitig nach Beschäftigung umsehen müssen.

Ein ähnliches System ist mit dem Inkrafttreten des Versicherungsgesetzes auch im Hafen von Liverpool eingeführt worden. Hier sind jedoch fast sämtliche Arbeitgeber beteiligt und die Arbeitsnachweisstelle übernimmt auch die Regelung der Beitragspflicht. Jetzt wird ein Plan erörtert, der ähnliche Maßnahmen für die Luchpader und Träger in Manchester vorseht. Es soll eine geringere Zahl von Arbeitern zu besseren Löhnen beschäftigt werden. Die einzelnen Leute würden, so glaubt der Distriktsleiter der Arbeitsnachweise, Mr. Roland Williams, mehr Arbeit verrichten, ohne daß den Arbeitgebern mehr Kosten entstehen würden. Die Handelskammer in Manchester ist gegenwärtig mit der Durchberatung dieses Planes beschäftigt.

Wird so ein Teil der Gelegenheitsarbeiter — dieses Wort nur im technischen, nicht im moralischen Sinne angewendet — in Dauerstellungen gebracht, so wird ein anderer Teil gänzlich ausgeschaltet. Es entsteht nun das größere Problem, diese in anderen Stellungen unterzubringen. Da fast ausschließlich ungelernete Arbeiter in Frage kommen, ist das Unternehmen nicht leicht, denn in England sind derartige Arbeiter überall in Fülle und Fülle vorhanden, während qualifizierte Arbeiter fehlen. Die Abwanderung ist jetzt außerordentlich gut reguliert, aber sie kann fast nur für gelernte Arbeiter in Frage kommen, denn ungelernete findet der Arbeitgeber an jeder Straßenecke. Soweit man die Unelernten nicht zur Auswanderung in die Kolonien veranlassen kann, beabsichtigt man jetzt ihre Zahl durch die große Landreform zu verringern. Der Jargon vom Lande in die Städte wird aufhören, wenn der Landarbeiter und der Baubauer eine Sicherung ihrer Existenz erhalten, und es ist auch ein Rückschritt zum Lande in gewissen Grenzen zu erwarten. Denn schon jetzt liegen Gesuche um mehr Land (unter dem Kleinbesitzungsrecht) vor, als sich beschaffen läßt. Die Wiederaufforstung des Landes wird den Rückfluß sicher noch unterstützen.

Daran, daß dauernd für alle Arbeiter Beschäftigung gefunden werden kann, ist natürlich nicht zu denken. Die Fluktuationen der Arbeitsmenge sind unausbleiblich, und soweit die Arbeiter nicht von dem Wirtschaftsprozess aufgenommen werden können, muß für sie durch Notstandsarbeiten und Versicherung gegen Arbeitslosigkeit gesorgt werden. Mit der besseren Organisation des Arbeitsmarktes werden wohl auch die äußerst kostspieligen Notstandsarbeiten in Wegfall kommen. Nur die Versicherung bleibt, oder nicht als wesentlicher Gegenstand der Arbeitslosenpolitik, sondern als Ergänzung zu dem großen Ziel, die Arbeiter so schnell wie möglich wieder ihrer Berufsarbeit zuzuführen.

### Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 12. Dezember 1913.

**Tätigkeitsberichte der Ortsverbände.** Es ist Aufgabe der Ortsverbandschrittführer, am Ende des Jahres einen kurzen Tätigkeitsbericht zu erstatten, der bis vor einigen Jahren im „Gewerbeverein“ veröffentlicht wurde. Dann hatte ein Verbandsrat beschlossen, daß diese Veröffentlichung unterbleiben soll. Trotzdem wurden die Berichte an die Redaktion eingesandt, die im Zusammenhang aus der Fülle des Materials einen Rückblick auf die Tätigkeit unserer Ortsverbände erhaltete. Diese Art der Behandlung hatte aber doch zur Folge, daß viele Ortsverbandschrittführer keinen Tätigkeitsbericht ein sandten.

Zur Festigung der Beziehungen zwischen der Verbandsleitung und den Ortsverbänden hat das natürlich nicht beigetragen. Infolgedessen hat der letzte Verbandsrat beschlossen, daß die Tätigkeitsberichte künftighin wieder veröffentlicht werden sollen und zwar in einer besonderen Beilage des „Gewerbeverein“. Jeder gewissenhafte Ortsverbandschrittführer muß natürlich ein lebhaftes Interesse daran haben, daß auch aus seinem Tätigkeitsgebiet ein Bericht veröffentlicht wird, der ein recht lückenloses und wahrheitsgetreues Bild der Arbeit seines Ortsverbandes ist. Deshalb richten wir schon heute an diejenigen Kollegen, denen die Abfassung des

Tätigkeitsberichts obliegt, das bringende Ersuchen, recht bald an die Arbeit heranzugehen, damit der Bericht rechtzeitig in unsere Hände gelangt. Es kommt dabei natürlich nicht darauf an, alle Einzelheiten und Kleinigkeiten anzuführen, sondern vor allen Dingen die sozialen Vorgänge am Orte eingehend zu besprechen, damit auch die andern daraus Lehren für die Zukunft ziehen können. Aber wie gesagt: die Einreichung darf nicht allzulange verzögert werden, denn wenn wir die Ergebnisse des alten Jahres noch einmal an unserer geistigen Auge vorüberziehen lassen wollen, so muß dies in den ersten Monaten geschehen, sonst wird der verfolgte Zweck verfehlt.

Also frisch ans Werk! Früh amna kommen wir mit unserm Hinweis, damit die Ortsverbandschriftführer rechtzeitig die Arbeit in Angriff nehmen können. Kein gewissenhafter Kollege darf mit seinem Berichte fehlen.

**Zum neuen Reichsstempelgesetz.** Nach der am 1. Oktober d. Js. in Kraft getretenen Novelle zum Reichsstempelgesetz unterliegen die Beitrittsverpflichtungen zu Genossenschaften, deren Geschäftsbetrieb über den Kreis der Mitglieder hinausgeht, einem Stempel von ein Zehntel Prozent des Werts der Einlage, mindestens aber 10 Mk. Dieser Stempel stellt wegen des hohen Mindestbetrags für die meisten Genossenschaften eine kaum erträgliche Belastung dar. Es ist zu wünschen, daß die Kapitalbeteiligung der einzelnen Mitglieder bei ihrer Genossenschaft meist nur gering ist und in Form kleinster Beiträge allmählich angebracht wird. Eine sofort wälfäge Steuer von 10 Mk. aufzubringen, ist der weitaus größte Teil der Mitglieder nicht imstande. Die hohe Besteuerung muß überraschen, besonders in einer Zeit, in der der Staat große Summen zur Förderung des Genossenschaftswesens aufwendet. Es kann daher nicht angenommen werden, daß es die Absicht des Gesetzgebers gewesen ist, den Kreis der steuerpflichtigen Genossenschaften, d. h. also der Genossenschaften, deren Geschäftsbetrieb über den Kreis der Mitglieder hinausgeht, sehr weit zu ziehen. Der Anwalt des Allgemeinen Verbandes der auf Selbsthilfe beruhenden deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, Charlottenburg, hat daher ein Gesuch an den Reichssekretär gerichtet, bei dem Bundesrat in Anregung zu bringen, durch eine Ausführungsanweisung oder in einer sonstigen geeigneten erscheinenden Weise den Steuerbehörden eine Anleitung zu geben, wann ein Sinausgehen des Geschäftsbetriebes über den Kreis der Mitglieder anzunehmen sei. Der Anwalt hat dem Reichssekretär gleichzeitig geeignete Vorschläge unterbreitet.

Der Reichssekretär hat dem Anwalte des Allgemeinen Verbandes der deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften beantwortet, er teile den Wunsch, daß die Vordruckt zur tunlichsten Vermeidung einer Beunruhigung der Genossenschaften von den Steuerbehörden von vornherein in einem einheitlichen nicht über die Absichten des Gesetzes hinausgehenden Sinne gehandhabt werde, und daß er das deshalb weiter Erforderliche in die Wege leiten wolle.

Offenlich wird der ersuchende Erlaß der Eigenart und den Interessen der Genossenschaften gerecht!

**Erfolge bei Stadtverordnetenwahlen.** In Rulsnitz wurden mit Unterstützung der nationalgesinnten bürgerlichen Kreise zwei Gewervereinskollegen in die Stadtverordnetenversammlung gewählt, als Kandidat Monteur Struakalla, der Vorsitzende unseres Ortsverbandes, als Mannsfänger der Brüder Pauller vom Ortsverein der Textilarbeiter. Dieser Erfolg hat gezeigt, daß es sehr wohl möglich ist, Gewervereine in das Stadtparlament zu bringen. Wollen wir noch bessere Resultate erzielen, dann ist es Ehrenpflicht jedes Kollegen, soweit das noch nicht geschehen ist, das Bürgerrecht zu erwerben. — In Rathenow wurde am 24. November der Vorsitzende des Ortsvereins der Maschinenbauer, Kollege Klage, zum Stadtverordneten gewählt. — In Betschau gelang es unseren Kollegen, bei der Stadtverordnetenwahl den Kollegen Fiebig vom Ortsverein der Textilarbeiter durchzubringen. Da wir bereits einen Vertreter im Stadtparlament haben, sitzen künftighin zwei Gewervereine darin. Die freien Gewerkschaften hatten kurz vor der Wahl Stimmhaltung beschloffen. Das hat unsere Kollegen aber nicht gehindert, um so zahlreicher sich zu beteiligen. Der Erfolg ist denn auch nicht ausgeblieben, und wir

haben die Ueberzeugung, daß die beiden Kollegen ihr Mandat so ausüben werden, daß die Arbeiterenschaft und auch die Sache der Deutschen Gewervereine davon Vorteil hat.

**Soziale Wahlen.** Unsere Aufforderung, über den Ausfall der Frankensassenwahlen Mitteilung zu machen, ist nicht vergeblich gewesen, wie zahlreiche Zuschriften aus den verschiedenen Ortsverbänden und Ortsvereinen beweisen. In Bremen, wo die Situation für die auf freiheitlich-nationalem Boden stehenden Arbeiter sehr ungünstig ist, haben sich unsere Kollegen trotzdem an der Ortsfrankensassenwahl beteiligt, und zwar zusammen mit den christlichen Gewerkschaften und anderen auf nationalem Boden stehenden Vereinen. Die „Genossen“ haben den Wahlkampf in einer Weise geführt, die jeder Beschreibung spottet. Trotzdem gelang es, auf die nationale Liste 822 Stimmen zu vereinigen, wodurch dieser 4 Vertreter gesichert wurden. Wenn man bedenkt, daß hier zum ersten Male den freien Gewerkschaften entgegengetreten wurde, kann man mit dem Resultat zufrieden sein. — In Bretten (Baden) wurden bei der Wahl zum Ausschuß für die Allgemeine Ortsfrankensassenliste auf die Gewervereinsliste 510 Stimmen abgegeben, wodurch wir 19 Vertreter erhalten; die Liste des sozialdemokratischen Gewerkschaftsartells vereinigte 827 Stimmen und erreichte 31 Vertreter. Auch hier kämpften die „Genossen“, die bisher unbeschränkte Fesseln in der Ortsfrankensassenliste waren, mit den niedrigsten Mitteln; es hat ihnen aber nichts genützt. — In den Vorstand der Ortsfrankensassenliste Duisburg wurde der Bezirksleiter der Maschinenbauer, Kollege Hartmann, in den der Ortsfrankensassenliste Duisburg-Kuhrort der Hüftenarbeiter-Sekretär Kollege Czieslik gewählt. — In Kamen (Westfalen) sind bei den Vorstandswahlen zur Allgemeinen Ortsfrankensassenliste bei 8 Vorstandsmitgliedern 4 Gewervereiner gewählt worden. — In der Westfälischen Drahtindustrie in Hamm, einer Hochburg des christlichen Metallarbeiterverbandes, erhielt die Liste der konfessionellen Arbeitervereine und des christlichen Metallarbeiterverbandes 715, die Liste der Gewervereine 195 und eine gelbe Liste 177 Stimmen. Die Christlichen, die bisher die Alleinherrschaft hatten, müssen jetzt an uns und auch an die Gelben je 5 Vertreter von 30 abgeben.

In Leipzig-Stadt war vom Ortsverein Leipzig und den übrigen nationalen Organisationen eine gemeinsame Liste aufgestellt worden. Gewählt wurden die Kollegen Sachse vom Ortsverein der Schneider und Grethlein vom Ortsverein der Brauer. Von den verbündeten Organisationen wurden noch 3 Vertreter gewählt. In den Vorstand der Liste wurde Kollege Sauer gewählt. Bei der Wahl der Allgemeinen Ortsfrankensassenliste Leipzig-Land, bei der wir selbstständig vorgingen, sind Kollege Adelman vom Ortsverein der Brauer, Kollege Niesel vom Ortsverein der Konditoren und Kollege Fortagne vom Ortsverein der Maschinenbauer 1 als Vertreter gewählt worden. — In der Ortsfrankensassenliste zu Sommerfeld waren die „Genossen“ bisher so ziemlich unter sich; war es ihnen doch gelungen, allmählich die Gewervereiner fast ganz zu verdrängen. Deshalb war von unserer Seite bereits vor drei Jahren der Antrag gestellt worden, das Verhältnisystem einzuführen; derselbe wurde aber abgelehnt. Jetzt kommt uns die Vordruckt der Reichsversicherungsordnung zugute, die wir gehörig ausgenutzt haben. In Verbindung mit dem evangelischen Arbeiterverein gelang es uns, 16 Vertreter und 32 Erlaubte durchzubringen, während auf die Freien 24 Vertreter und 48 Erlaubte fielen. Für die Vorstandswahl war uns von den „Freien“ der Vordruckt gemacht worden, eine gemeinsame Liste einzureichen. Man wollte gnädigst uns einen Sitz einräumen, womit wir selbstverständlich nicht einverstanden waren. Wir gingen also allein vor und erhielten 2 Siege im Vorstand, ein glänzendes Resultat, das nur durch tüchtige Vorarbeit erzielt werden konnte. — Für die Betriebsfrankensassenliste S. Zöllner in Warmbrunn fielen von 25 Vertretern im Ausschuß 12 auf die Gewervereinsliste und 13 auf die Verbänderliste. Trotzdem wurden in den Vorstand 3 Gewervereinskollegen und nur 2 Verbänder gewählt, weil ein Verbänder am Tage der Wahl verhindert war. — Bei der Allgemeinen Ortsfrankensassenliste des Kreises Kallau wurden aus unseren Reihen 2 Vertreter und 4 Erlaubte gewählt. Der Erfolg wäre sicherlich größer gewesen, wenn man den Bektsauer Kollegen die Wahl nicht dadurch außerordentlich erschwert hätte, daß das Wahllokal nach Groß-Müschden verlegt wurde, das 25 Kilometer entfernt ist, wodurch unsere Kollegen 8 Kilometer zu Fuß und die übrige Strecke per

Bahn zurücklegen mußten, um ihr Wahlrecht ausüben zu können. Daß das Wahllokal in die äußerste Ecke des Kreises verlegt wurde, ist auf die Politik der „Genossen“ zurückzuführen.

**Arbeiterbewegung.** Unter den Textilarbeitern Süddeutschlands ist eine Bewegung im Gange, die auf den Beschluß des Verbandes süddeutscher Textilindustrieller zurückzuführen ist, wegen des schlechten Geschäftsganges die wöchentliche Arbeitszeit um 10 Stunden zu verkürzen. Die in unserem Gewervereine und im christlichen Textilarbeiterverband organisierten Arbeiter in Augsburg haben daraufhin beschloffen, die Unternehmer zu erüden, für den Lohnausfall eine 12prozentige Entschädigung zu zahlen und anstatt des Montags den Sonnabend freizugeben. — Der Streik der Schumacher bei der Firma Rainga in Strausberg nimmt seinen Fortgang.

Der Streik in Dublin dürfte nun doch wohl seinem Ende entgegengehen. Der nach London einberufene außerordentliche Trade Unions-Kongreß, der sich mit dem Kampfe befaßigte, hat die Proklamierung des Generalkreises zugunsten der Ausständigen in Dublin abgelehnt, obgleich Jim Larui entschieden dafür eintrat. Die Führer der großen Trade Union aber sprachen sich energisch gegen den Streik aus. Angenommen wurde ein Antrag, den Dubliner Ausgesperrten und Streikenden auch fernerhin die Unterstützung zuteil werden zu lassen. — Die Bewegung der englischen Postangestellten nimmt ihren Fortgang. Auf einer in Leicester abgehaltenen Konferenz wurde, allerdings mit geringer Mehrheit, der isortige Streik abgelehnt. Die Angelegenheit soll aber weiter diskutiert werden. Außerdem wurde beidloffen, daß alle Postangestellten eine gemeinsame Liste ihrer Forderungen einreichen sollen. — In Nieder-Oesterreich ist es wegen Lohnunterschieden zu einem Streik der Buchdrucker und Setzer gekommen. — In Bern stehen seit einigen Wochen schon die Sattler im Streik, weil die Unternehmer ihre geringfügigen Forderungen abgelehnt haben.

Von einem Arbeitswilligengesetz, das im Reichsamt des Innern ausgearbeitet werden soll, war kürzlich in einem bayerischen Zentrumsblatte die Rede. Demgegenüber teilt eine offiziöse Korrespondenz mit, daß diese Nachricht unzutreffend sei. Im Reichsamt des Innern befaßigte man sich natürlich auch mit dieser in der Öffentlichkeit viel erörterten Frage, aber bisher nur in der Weise, daß das erforderliche Material zur näheren Prüfung der Angelegenheit bearbeitet wird. Von der Ausarbeitung einer Vorlage könne vorläufig noch keine Rede sein.

Wir haben der Mitteilung des bayerischen Blattes von vornherein keine Bedeutung beigelegt, weil sie im Widerspruch stand mit den unzweideutigen Erklärungen, die der Staatssekretär Dr. Delbrück im Reichstage abgegeben hat. Immerhin mahnt, auch die offiziöse Richtigstellung die Arbeiter, auf dem Posten zu sein.

### Gewervereins-Zell.

**Kamen.** Am 3. Dezember fand hier eine öffentliche Ortsverbandsversammlung statt, in der Kollege Reichel, Spremberg über Arbeitswilligensgesetz und Koalitionsrecht und in zweiter Linie über die Volksversicherung der Deutschen Gewervereine sprach. Ramentlich das zweite Referat brachte den Kollegen viel Aufklärung und zeigte deutlich, wie vorteilhaft die Versicherung bei den Deutschen Gewervereinen im Gegensatz zu den übrigen Versicherungsanstaltungen ist. Es ist deshalb Pflicht jedes Kollegen, unsere Einrichtungen in erster Linie zu benutzen. Leider litt der Besuch der Versammlung unter dem schlechten Wetter. S. Morz, Schriftführer.

**Saarau i. Schl.** Freile aus dem Hinterhalt verjchieht im „Proletariat“ aus dem „Eulengebüte“ ein „Genosse“ Fianke. Es sind aber Nichttreffer. Der Einfluß des Aufstages befaßigte sich mit den Vorträgen, die kürzlich unser Kollege Neufiedt hielt. Genosse Fianke, der sich in dem Artikel seine Tüchtigkeit selbst bescheinigt und sich bei seinen übrigen Genossen in empfindliche Erinnerung bringen will, wählte der Versammlung selbst bei. Die Gedanken schienen aber bei dem Artikelreiber erst nach der Versammlung gekommen zu sein, denn von all dem Gist, das er in seinem Artikel gegen die Gewervereine verapricht, war in seinen Ausführungen in der Versammlung selbst nichts zu merken. Vorwärts ist ja auch der bessere Teil der Zapferheit für die Leute; deshalb schimpft Herr F. über die Gewervereine außerhalb der Versammlung, dann kommt er womöglichst nicht in Gefahr, widerlegt zu werden.

